

Rede des FDP-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Peter zur Haushaltskonsolidierung

Freiwillige Leistungen wie der Weihnachtsmarkt, der Rosenmontagszug und die Zuschüsse zum Partnerschaftsverein wären gefährdet. In der Kinder- und Jugendarbeit bräuchten wir uns bezüglich der Unterstützung von Trägern und Eltern bald keine Gedanken mehr machen. Die Kommunalaufsicht wird also zunächst alle freiwilligen Aufgaben stoppen und Siegburg für Bürger und Besucher unattraktiver machen.

Schnell war uns daher klar, dass nur eine gründliche Haushaltssanierung geeignet ist, sofort wirksam aber auch nachhaltig die finanzielle Situation der Stadt zu verbessern. Das betrifft sowohl den Kernhaushalt als auch die Wirtschaftspläne der Stadtbetriebe AÖR.

Das wird wehtun. Das Ergebnis am Ende muss daher eine gewisse Entschädigung für die Belastungen und Einschränkungen bieten. Damit kam nur ein Ziel in Frage: Die „schwarze Null“. Nur dieses große Ziel rechtfertigt die Belastungen.

Die schwarze Null, also der strukturell ausgeglichene Haushalt, ist kein Selbstzweck. Sie steht als Benchmark für vernünftiges haushalterisches Handeln, das zukunftsorientiert ist. Nach der schwarzen Null kommen das Auffüllen der Rücklagen des Eigenkapitals und die Rückzahlung von Schulden über das Maß einer Neuverschuldung hinaus. Sie muss daher ein Ziel über 2015 und 2016 hinaus sein. Sie legt mithin die Richtung der zukünftigen Haushaltspolitik fest. Damit sind auch strukturelle Veränderungen verbunden, die zunächst durch sauber formulierte Produktbeschreibungen mit klaren Zielen und Leistungskennzahlen vorbereitet werden müssen.

Die Koalition von CDU und FDP legt den Siegburger Bürgern in Verwaltungsrat, das war letzte Woche Dienstag, und heute im Rat ein umfangreiches Konsolidierungskonzept vor, das eine Umschichtung im Haushalt durch Mehreinnahmen und Einsparungen von EUR 11,2 Mio. möglich macht. Das Planungsziel schwarze Null wird damit erreicht und ein Sicherheitsabstand zum HSK mit ca. EUR 2,6 Mio. eingebaut.

Wir, die FDP hat in einer Bürgerbefragung, die sicher nicht repräsentativen Ansprüchen gerecht wurde, von den Siegburgern wissen wollen, wie sie sich die Verteilung der Lasten vorstellen. Was wäre ihrer Ansicht nach der gerechteste Weg? Klares Votum: Die Lasten auf möglichst viele verteilen. Daran haben wir uns bei unseren Haushaltsplanungen orientiert.

Die ersten Maßnahmen in diese Richtung wurden im Verwaltungsrat der Stadtbetriebe in der letzten Woche verabschiedet. Diese Entscheidungen waren notwendig, um den Stadtbetrieben die Chance zu geben, eine Kürzung von EUR 1,7 Mio. an den vereinbarten Zuschüssen aus dem

Kernhaushalt überhaupt zu verkraften. Damit ist die erste Entlastung des Kernhaushalts auch schon beschrieben.

Da strukturelle Änderungen in der Regel erst mittelfristig greifen, und die werden die Stadtbetriebe vornehmen, half die fällige Anpassung der Wasserentgelte und der Abwassergebühren an die gestiegenen Betriebskosten weiter, Diesen Anpassungen, immerhin zusammen rund EUR 850.000,00, haben sich einige der hier sitzenden Parteien verweigert.

Das kann man so machen. Aber dann jedoch beim nächsten Tagesordnungspunkt die Kürzung des Zuschusses mit 1,7 Mio. in voller Höhe zu befürworten, bedeutet die Verneinung jeder Verantwortung. Diese Entscheidung der Kollegen von der SPD im Verwaltungsrat ist für mich unfassbar und ohne Sinn.

Welches Vertrauen dürfen die Bürger und ich da noch in Ihre Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung haben?

Lassen Sie mich hier an dieser Stelle eine Sache einmal deutlich aussprechen: Wenn wir uns zaghaft verhalten und zögerliche Entscheidungen treffen und dabei denken, wenn wir es nur lange genug aushalten, dann wird uns schon jemand zur Hilfe kommen, dann haben wir verloren. Wer soll denn kommen? Das Land? Mit 60% der Gesamtschulden der Bundesrepublik, 3 verfassungswidrigen Haushalten in den letzten Jahren und die Schuldenbremse droht in der Zukunft? Mit einem GFG, das einmal mehr das Ruhrgebiet fördert und dem ländlichen Raum Mittel entzieht?

Nein, wir müssen uns selber helfen. Es wird keiner kommen, der uns wirklich hilft, siehe das Elend in den Stärkungspaktkommunen Neunkirchen-Seelscheid und Windeck.

Unsere Vorschläge für die Haushaltskonsolidierung liegen Ihnen und den Bürgern seit dem 08.12. vor. Wir werden nachher diese zusammen mit denen der anderen Fraktionen zur Abstimmung bringen - jeden einzelnen. Daher möchte ich hier den Blick auf einige der wesentlichen Beiträge liefern.

Die Verwaltung wird Personalrückstellungen in Höhe von EUR 500.000 auflösen, die sie für Mehrarbeit und Resturlaube aufgebaut hat. Dass dieses kein Einmaleffekt bleibt wird dadurch erreicht, dass keine neuen Rückstellungen, die aufwandswirksam sind, in der Zukunft gebildet werden. Das ist ein sehr ehrgeiziges Unterfangen, das eine sehr präzise Ressourcenplanung benötigt und das eng überwacht werden muss.

In der Presse- und Medienarbeit und für Bekanntmachungen werden EUR 200.000 gespart, was auch den Grünen gefallen dürfte.

Bei der Gebäudeunterhaltung werden in 2015 EUR 200.000 gespart, was sich aller-dings mittelfristig nur mit nachhaltigen, vor allen Dingen energetischen Sanierungen halten, ja noch steigern lassen wird.

Mit der Anhebung der Parkgebühren lassen sich Mehreinnahmen von EUR750.000 generieren. Bei den SBS werden es noch einmal EUR 60.000. Im ersten Halbjahr 2015 soll darüber hinaus über ein weitreichendes Parkplatzkonzept beraten werden.

Die Geschwisterkindbefreiung bleibt erhalten. Dazu hat der Jugendhilfeausschuss am Dienstag dem Rat einen Vorschlag gemacht, den wir heute hier wohl einstimmig annehmen können.

Die Anpassung der Kindergartenbeiträge der Eltern war jedoch unumgänglich. Wichtig war uns dabei, die Einkommensgruppen bis EUR 75.000 nicht mehr zu belasten als bisher. Durch die Einführung von drei neuen Gruppen bis über EUR 100.000 Haushaltsjahreseinkommen liegt die Belastung bei der Gruppe der Besserverdienenden.

Beim Abstand zwischen 25 und 35 Stunden Betreuung in der Woche folgen wir dem Vorschlag der Verwaltung.

Zusammen bringen die neuen Beitragsregelungen einen Ertrag von EUR 320.000, der in vollem Umfang in die Konsolidierung fließt. Der Beginn der neuen Regelung muss auf dem 01.01.2015 liegen, um den vollen Betrag zu realisieren. Bei einem Beginn am 01.08. müssten die fehlenden EUR 185.000 von anderer Stelle genommen werden. Für Stundungsbegehren, auch bis zum Jahresende, ist die Verwaltung nach Bekunden des Bürgermeisters offen.

Die ursprünglich geplante Kürzung der Zuschüsse für die Trägeranteile von EUR 150.000 wollen wir auf EUR 100.000 zurückführen, was für die Träger immer noch eine Herausforderung ist, dessen sind wir uns bewusst.

Wie eben schon gesagt, haben wir vor Beginn der Haushaltssanierung in Siegburg viele Bürger gefragt, wer belastet werden soll und wer nicht. Das Ergebnis habe ich Ihnen schon verraten, nämlich möglichst viele. Mit der Erhöhung der Grundsteuern B wird genau das erreicht. Es gibt in Siegburg 15.000 Grundsteuerzahler, die Mieter nicht eingerechnet, so dass man davon ausgehen kann, dass jeder Siegburger von der Erhöhung betroffen ist.

Da sich die Grundsteuer am Einheitswert orientiert, wissen wir, dass ca. 10 % der Grundsteuerpflichtigen und hier sind besonders große Mietshäuser und Gewerbebetriebe mit großen Grundstücken und Anlagen betroffen, die größte Last zu tragen haben. Während die Häuser mit geringeren Einheitswerten und das sind ca. 90 % der

Grundsteuerpflichtigen deutlich weniger belastet werden. 1/3 der Siegburger Grundsteuerzahler werden mit 66 € pro Jahr also etwa 5.50 € pro Monat belastet. Deswegen hat die Erhöhung der Grundsteuer ein hohes Ausmaß von sozialer Gerechtigkeit.

Der Vorteil der Grundsteuererhöhung gegenüber einer Gewerbesteuererhöhung besteht darin, dass sie vollständig in der Stadt bleibt und weder an den Bund (Gewerbesteuerumlage) noch an den Kreis (Kreisumlage) weitergeleitet werden muss. Der weitere Vorteil besteht darin, dass sich niemand der Grundsteuer entziehen kann, denn jedes Grundstück hat immer einen Besitzer. Bei der Gewerbesteuer besteht dagegen die Gefahr darin, dass der Gewerbebetrieb seinen Sitz in eine andere günstigere Gemeinde verlagern kann und damit als Steuerzahler völlig ausfällt.

Deswegen ist die Erhöhung der Grundsteuer B die verträglichste und gerechteste Form der Sanierung des Haushaltes.

Die Gewerbesteuer, die ich gerade schon kurz erwähnt habe, ist ebenso schwer wie schwer zu kalkulieren, wie uns die gegenwärtige Krise deutlich vor Augen hält. Mit einem Hebesatz von 515 Punkten halten wir eine Spitzenposition im Vergleich mit den Nachbarkommunen und darüber hinaus. Eine Anhebung würde die Ausweich-tendenzen der Steuerpflichtigen weiter befördern und einem wesentlichen Auftrag an die Politik dieser Koalition zuwiderlaufen – die notwendige Wirtschaftsförderung in dieser Stadt weiter voran zu bringen. Das schafft Arbeitsplätze, fördert den Einzel-handel und macht uns unempfindlicher gegen die Wirkungen des demografischen Wandels, da junge Menschen in die Stadt kommen und ihre Familien gründen oder mitbringen.

Der Ansatz von EUR 27 Mio. bei der Gewerbesteuer für die nächsten Jahre ist ambitioniert, zugegeben. Hier sehen wir auch den ganz besonderen Bedarf für vorsichtiges Handeln. Weitere Haushaltsrisiken liegen bei der Prognose des Zuzugs weiterer Flüchtlinge, deren menschenwürdige Unterbringung und Betreuung wir sicherstellen müssen. Als Folgen der allgegenwärtigen Krisen kann es zu einem Konjunkturunbruch kommen. Die Steuereinnahmen lägen dann unter den Prognosen.

Wir schlagen daher vor, jeweils um die Mitte des Jahres einen Controlling-Bericht aus der Kämmerei zu bekommen. Er soll zeigen, ob und wie die hier beschlossenen Maßnahmen greifen und ob die Prognosen nicht nur bei den Steuern realistisch sind. Notfalls müssen wir nachsteuern.

Die Planungen der Koalition von CDU und FDP ermöglichen einen echten Haushaltsausgleich. Das außerordentliche Ziel der Schwarzen Null in einer Zeit der Krise zu setzen, zeugt von Mut, es auch zu erreichen von Entschlossenheit.

Das gilt sowohl für die Haushaltspolitik von CDU und FDP als auch für den Bürger-meister und die gesamte Verwaltung, der ich hier und jetzt noch einmal meine Anerkennung für die unglaubliche Arbeitsleistung bei den Haushaltsvorbereitungen aussprechen möchte.

Mut und Entschlossenheit lassen eine Krise auch zur Chance werden. Die Chance für eine nachhaltige Haushaltssanierung haben wir Ihnen heute vorgelegt. Greifen Sie zu, machen Sie mit, im Interesse der Bürger für eine bessere Zukunft.